



2015/36 Disko

<https://jungle.world/artikel/2015/36/verdraengen-wird-nicht-verlernt>

Zum Umgang mit dem Gedenken an die Opfer rechter Gewalt

Verdrängen wird nicht verlernt

Von **initiative »pogrom 91«**

Einen Schlussstrich unter die Erinnerung an rassistische Gewalttaten darf es nicht geben.

Erinnerungspolitik antifaschistischer und antirassistischer Gruppen an rechte Morde und rassistische Pogrome benötigt eine langfristige Perspektive. Das geht auch ohne ritualisierte Gedenkzeremonien. Anstatt sich von Institutionen vereinnahmen zu lassen, besteht die Möglichkeit, selbst zur Institution eines Themas zu werden. Das braucht jedoch Zeit und erfordert eine kritische Positionierung mit realistischem Blick.

Die Erfahrungen vieler Erinnerungsinitiativen im ländlichen Raum zeigen, dass eine Thematisierung rechter Übergriffe und rassistischer Pogrome, wenn sie dort überhaupt Resonanz erfährt, zumeist auf große Ablehnung stößt. Das gilt insbesondere für kommunalpolitische Akteure, denn als Tatort lässt sich keine Stadt gern markieren. Unter diesen Voraussetzungen ist Erinnerungsarbeit immer auch eine Politik gegen anhaltende Verdrängung, Relativierung und Mythenbildung. Kommunale Institutionen für die Geschichte ihrer Region in die Verantwortung zu nehmen bedeutet, die gesellschaftliche Grundlage, auf der sich rechte Gewalttaten ereignen, 14machen.

Die Konfrontation mit Verantwortungsträgern, die einer konsequenten Aufklärung und Aufarbeitung solcher Taten ablehnend gegenüber stehen, sollte, sofern Betroffene keine Einwände haben, offensiv gesucht werden. Das ist dort besonders schwierig, wo antifaschistische oder antirassistische Positionen klar in der Minderheit sind, denn um vor Ort überhaupt eine Debatte anzustoßen, braucht es Zeit und eine langfristige Perspektive. Interventionen, die nur kurzfristig angelegt sind, bleiben wirkungslos, wenn sie sich ausschließlich im Kanon linker Bewegungspolitik erschöpfen und an den festgefahrenen und eingespielten Strukturen vor Ort abprallen. Eine beständige öffentliche Thematisierung rassistischer Übergriffe, beispielsweise an Jahrestagen, und Versuche der inhaltlichen Aufarbeitung können hingegen dafür sorgen, dass sich kommunale Verantwortliche positionieren müssen, und sei es auch nur aus der Befürchtung heraus, die Deutungshoheit für einen Teil der Geschichtsschreibung ihrer Region an eine nichtstaatliche Gedenkinitiative zu verlieren.

Diese Debatten zu eröffnen und darin präsent zu sein, erfordert den Aufbau von Vertrauen und Reputation bei Medien und anderen Akteuren wie zivilgesellschaftlichen Gruppen. Selbst wenn die Lokalpolitik nicht mehr um ein solches Thema herumkommt, läuft ihre Strategie meist darauf hinaus, das Gedenken für sich zu vereinnahmen. In Hoyerswerda führte diese Praxis immerhin zur Errichtung eines städtischen Denkmals in Erinnerung an 1991, an dem sich die Initiatoren nun messen lassen müssen. Wie nicht anders zu erwarten, hatten jedoch weder Betroffene noch wir als Initiative, von der die gemeinsame Forderung nach einem Mahnmal ausging, Einfluss auf dessen Umsetzung oder weiterführende Projekte. Damit durch jene Akte nicht aufs Neue ein Schlussstrich unter die öffentliche Debatte gezogen werden kann, sollten Gedenkinitiativen fernab der Symbolpolitik durch eine glaubwürdige Aufarbeitung und Erinnerungsarbeit auch weiterhin als Ansprechpartner für Medien und Interessierte präsent bleiben und die Entwicklungen vor Ort kritisch begleiten. Dabei auf zivilgesellschaftliche Strukturen aktiv Bezug zu nehmen, sofern sie vorhanden sind und sich mit ihnen reden lässt, ist allemal sinnvoller, als darauf zu vertrauen, dass sich Bildungsmöglichkeiten oder eine Organisation gegen lokale Nazistrukturen und rassistische Mobilisierungspotentiale einfach von selbst einstellen.

Ein wirksames Mittel gegen die Ritualisierung von Gedenken ist ein aktualisierender Bezug, nicht nur weil die Motive rechter Mörder und rassistischer Mobs weiterhin bestehen bleiben, sondern auch, um eine adäquate Lagebestimmung vornehmen und Handlungsmöglichkeiten abschätzen zu können. In Hoyerswerda hat eine kontinuierliche Erinnerungsarbeit zu 1991 immerhin mit dazu beitragen können, dass sich nach 20 Jahren des Schweigens einige zivilgesellschaftliche Akteure heute aktiv und öffentlich für Asylsuchende einsetzen und die Verfolgung rechter Straftaten deutlich verschärft worden ist. Das macht das vorherrschende gesellschaftliche Klima in der Region keineswegs sympathischer, schuf aber eine Situation, die vor wenigen Jahren undenkbar schien. Die Voraussetzung dafür bleibt selbstredend die beständige Denunziation von sächsischem Demokratieverständnis und reaktionären Tendenzen vor Ort.